

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. Mai 1920

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfzeilige Zelle; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 58

### Nachlese von den Tagungen

#### Die Bilanz der Tagungen

Wenn die Buchdruckerberufsgenossenschaft, über deren Konferenz in Eisenach während der Tarifausschubverhandlungen uns jetzt auch ein informierendes Bericht zugegangen ist, die danach gute Arbeit verrichtet hat, hinzugezählt wird, dann sind bis reichlich Mitte Mai elf Tagungen zu verzeichnen gewesen: Gewerkschaftskonferenz des Verbands, Tarifausschubtagung der Buchdrucker, Tarifausschubtagung der Buchbinder, Gewerkschaftskonferenz der Hilfsarbeiter, Tarifverhandlungen im Chemigrafen- und Kupferdruckgewerbe, Kreisvorsitzendenkonferenz der Faktoren und Hauptauschubtagung der Vertragsgemeinschaft der Faktoren, Buchdruckerberufsgenossenschaft, außerordentliche Hauptverhandlungen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger und des Deutschen Buchdruckervereins, Buchbändlerkongresse. Das ist ein Rekord, und mit Leipzig überwiegend als Tagungsort noch im besondern. Berlin, Dresden und Eisenach waren sonst noch Schauplätze der gewerkschaftlichen Interessensvertretung. Berlin scheint als Tagungsort zu verlieren, Leipzig zu gewinnen. Das große, schöne Buchgewerbehaus gestaltet weit eher nebeneinander laufende Beratungen, die diesmal zwei bis zu vier Tage in Anspruch nahmen, ohne daß wie in Berlin einmalm umgezogen werden muß.

Aber die Gewerkschaftskonferenz, die Tarifausschubtagung sowie die Tagungen der Zeitungsverleger, des Deutschen Buchdruckervereins und der Berufsgenossenschaft müßte zu besonderen Anlässen gerufen, das diese anders konnte alles in dieser Nachlese untergebracht werden, wobei naturgemäß der Tarifausschubtagung der Buchdrucker der Hauptanteil verbleibt. Es ist aus diesen Darlegungen klar zu ersehen gewesen, daß dem Buch- und graphischen Gewerbe in seiner weitesten Erfassung unter dem Druck der Papierpreisverhältnisse der Atem immer kürzer wird. Der Zusammenhang für die vielen Einzelweise wird aus unsern Darlegungen auch dem letzten Kollegen zum Bewußtsein kommen. Wo die Unternehmer dieses mannigfaltigen großen Gewerkschafts die riesenhafte Materialverwertung weniger bedeutend als die Lohnbemessung erscheinen lassen wollten, haben wir diesen Täuschungsmanöver wiederum gewehrt. Der Zusammenhang in der gemeinschaftlichen Auswirkung der Papierfrage zwingt die gesamten graphischen Arbeiter, an einem Lebensstrang zu leben; es ist das etwa kein die Buchdrucker aus ihrer Tarifgemeinschaft allein belastender Umstand. Die Unternehmerkraft, die auf all diesen Tagungen über die Not der schweren Zeit ebenso sehr gestöhnt und nicht minder bangen Ausblick in die nächste Zukunft gefaßt hat, wozu ihr die Berechtigung ja nicht bestritten werden kann, darf sich dieser Leidensgenossenschaft nicht entziehen, d. h. sie hat ihrerseits alles aufzubieten, um die Arbeitslosigkeit nicht in ertragbaren Grenzen zu halten. Man hört zuweilen schon von Rücksichtslosigkeiten, die mehr gesucht als in den Verhältnissen erschaubar erscheinen. Der „Korr.“ wird solchen Firmen keine als nicht sonderlich lebenswürdig bekannten Aufmerksamkeit ohne Aufregung von Referate zuwenden!

Selber muß die Hofsposst gebracht werden, daß am 18. Mai den Papierfabrikanten eine abermalige Papierpreisverhöhung zugebilligt worden ist, und zwar mit Wirkung ab 1. Mai bis Ende Juni 1920; sie beträgt für Rollenpapier 23 Proz. Verschlimmernd kommt die vom Reichswirtschaftsministerium gleich mit getroffene und bekanntgegebene Maßnahme hinzu, daß eine nach dem 1. Mai 1920 eintretende Erhöhung der Kohlenpreise auch entsprechende Heraushebung der Papierpreise nach sich zieht. Der Fall ist im Dohmer Revier schon eingetreten, also wird es wohl auf der ganzen Linie mit dem großen Verschuldeten fortgesetzt starker Kohlenverwertung so weitergehen. Die Papierfabrikanten werden darüber ja nicht gram sein. Die in der Gewerkschaftskonferenz schon vorbereitete und dann im Tarifausschub zur Tat verwirklichte Profestaktion an die Regierung wegen der unmäßigen Papierverwertung war bis Ende voriger Woche

überhaupt noch ohne Antwort geblieben. Wir haben deshalb für diese Nummer weiteres Eingehen darauf unterlassen, da der amtliche Apparat nicht so schnell aus der pfingsttäglichen Ruhe herausgekommen ist. Es wird aber nach allem notwendig werden, daß die Arbeiterkraft im graphischen Gewerbe in Verammlungen mehr zu ihrer ganz offenkundigen Stellunguntergrabung Stellung nimmt und alle Regierungenstellen das Nötige darüber wissen läßt.

Die Stellungnahmen von Verbandsversammlungen in Berlin, Leipzig, Plauen, Hannover, Halle a. d. S., Steffin, Breslau, Frankfurt a. M., Darmstadt, Wiesbaden, Mainz, Stuttgart, München, Nürnberg, Augsburg lassen erkennen, daß man in der Gehilfenchaft sich der außerordentlich schwierigen Lage bewußt ist und der von der Gehilfenvertretung im Tarifausschub eingenommenen Haltung Verständnis entgegenbringt. Inverantwortlich wäre von ihr trotz der großen Notlage der Gehilfen eine andre Stellungnahme gewesen. Was wird bald viel allgemeiner eingesehen werden, als sich nach den schnell einberufenen, meistens ohne Referat und ohne Abwarten der näheren Ausführungen des „Korr.“ ihre Stellungnahme behauptenden Verammlungen annehmen läßt. Das materielle Ergebnis kann gewiß nicht befriedigen, weil die Differenz zwischen Soll und Haben zu groß ist, aber auch für die Preislenkung in den Lebensmitteln haben sich in den letzten Tagen bessere Aussichten eröffnet.

In diesen wie in den meisten der andern Verammlungen kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß vom Reichswirtschaftsministerium, dem Reichsregierungsministerium und, soweit es hierfür auch in Betracht kommt, vom Reichsrat gegen die nachweisbaren Übersteuerungspraktiken der Industrie und den allgemeinen Verbrauch „verloren“ Unternehmergruppen entscheidender Widerstand geleistet werden muß. Auch jetzt geht es an diesen Reichsstellen in schwächlichem Nachgeben weiter. Kohle und Papier sind dafür die eklatantesten Beispiele unter andern. Es kann jetzt selbst von den Industriekapitänen nicht mehr geäußert werden, daß häufig schon die Inlandpreise die Weltmarktpreise überschreiten und infolgedessen nun das dicke Ende da ist. Wie schandmäßig mitunter verdient wird, hat der von der Arbeitgebergemeinschaft deutscher Salzheringimporteure jetzt bekanntgemachte Salzabschluß mit der Verteilung von 900 Proz. Doldende gezeigt. Diese an der Volksmasse verübte Erpreßung geschieht sozusagen unter den Augen der Regierung, die den Heringswuchern gewisse Bedingungen für ihre Tätigkeit auferlegt. Die Zentrale der Arbeitgeberverbände hat jetzt Aufforderung erteilt, keine Lohnforderungen mehr zu bewilligen. Wenn das ein vorbedingungsloses Ultimatum des Unternehmers sein sollte, müßte es entschieden bekämpft werden. In dieser Einseitigkeit kann und darf es nicht gehen! Die gesamte Unternehmerkraft hat vielmehr erst den Tatbeweis anzuführen, daß sie ernsthaft auf Preisstillstand mit nachfolgendem Preisabbau hinarbeitet. Das muß nötigenfalls erzwungen werden.

Wenn wir die gewerkschaftliche Nebenregierung zu einem solchen Faktor tatsächlich gemacht wissen wollen, die namentlich die bezeichneten Regierungsstellen sowie den kommenden Reichstag unter Druck halten soll, dann verlangen wir von ihr allerdings weiter, daß sie sich auch gegenüber gewissen Arbeiterkategorien als Machtfaktor erweist. Den vernünftigen Standpunkt der Funktionäre der alten Bergarbeiterorganisation haben wir bereits erwähnt, aber inzwischen sind im Westen schon wieder neue Forderungen der Bergleute anerkannt worden. Damit ist nur den die Volksausbeutung raffiniert und rücksichtslos betreibenden Bergbaunehmern Vorlauf gelistet.

Die Sozialversicherungsmission nimmt ihre Tätigkeit nun wieder auf. Der Bergbau und die Papierherzeugung müssen ihre ersten Ziele bilden! So glauben wir den Sinn der in Verbandsversammlungen seit dem 15. Mai gefaßten Resolutionen verstehen zu müssen. So muß nun aber auch gehandelt werden, und am Tage der Reichstagswahl müssen das Buchdrucker als erste Abschlussschlußung tun, indem sie nur Kandidaten wählen, die in diesem Sinne tätig sein wollen.

### Ärzte und Krankenkassen

Wieder einmal ist zwischen Ärzten und Krankenkassen das Kriegsbeil ausgegraben worden. Seit 25. Mai besteht zwischen beiden Parteien in mehreren großen Städten ein sogenannter vertragsloser Zustand. Die Krankenkassenverbände behaupten, die Ärzte seien unter Vertragsbruch in den Streik getreten, ohne die vertraglich vorgeesehenen Schlichtungsinstanzen erschöpft zu haben. Die Ärzte dagegen behaupten, ihr Verhalten sei weder Streik noch Vertragsbruch. Sie behandeln alle Patienten nach wie vor; nur nicht mehr nach den Entschädigungsätzen der Krankenkassen, sondern bei sofortiger Barbezahlung gleich Privatpatienten. Der Vorwurf des Vertragsbruchs wird von den Ärzten als unberechtigt zurückgewiesen; er beruhe lediglich auf einer irrtümlichen Auslegung des § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Es kann nun nicht ohne Aufgabe sein, die Berechtigung solcher juristischen Wortklaubereien nachzuprüfen. Für uns kommt lediglich in Betracht, ob die Forderungen der Ärzte sowie die Haltung der Krankenkassenverbände diesen Forderungen gegenüber berechtigt ist. Und da müssen wir nach Lage der Dinge, so wie sie uns bis jetzt bekanntgeworden sind, doch sagen, daß hier verschiedenes mit gewerkschaftlichen Grundfragen nicht zu vereinbaren ist.

Die Ärzte fordern Zulassung sämtlicher Ärzte bei den Krankenkassen, was für die Krankenkassenmitglieder freie Arztwahl bedeuten würde. Die Krankenkassenverbände behaupten dagegen, daß die Ärzte damit noch keine Verpflichtung anerkennen wollen, wonach sämtliche Ärzte auch zur Behandlung von Krankenkassenmitgliedern verpflichtet sein sollen. Das ist zweifellos ein Widerspruch. Wir wissen aber, daß die sogenannte freie Arztwahl in vielen Städten besteht (u. a. auch bei der großen Leipziger Ortskrankenkasse), und daß sich in diesen Städten größere Schwierigkeiten aus der Krankenkassenabstimmung einzelner Ärzte noch nicht ergeben haben; daß ferner die betroffenen Krankenkassen durch diese weitestgehende freie Arztwahl in ihrer Entwicklung nicht gehemmt wurden, sondern Patienten wie Ärzte dabei gut miteinander auskommen. Es ist also nicht einzusehen, warum diese Forderung der Ärzte nicht allgemein erfüllt werden könnte. Die Ärzte begründen diese Forderung mit dem in sozialer Hinsicht vollst. berechtigten Wunsch, der großen Zahl arbeitsloser Ärzte eine Erwerbsmöglichkeit zu schaffen. Die Krankenkassenverbände erblicken hinter dieser Forderung jedoch nur das Bestreben, die arbeitslosen Ärzte den Krankenkassen auszuhalten und die letzteren als Arztverorgungsanstalt zu mißbrauchen. Wir bezweifeln noch, daß solche Argumente den Gehirnen von Arbeitervertretern in den Krankenkassen entsprungen sein können. Sie erinnern allzu lebhaft an Ideen, mit denen die organisierte Arbeiterkraft bei analogen Versuchen zur Unterbringung ihrer Arbeitslosen von privatkapitalistisch „höhergeschulten“ Syndikaten des Unternehmers schon des Erfolges abgesehen werden sollte. Ausgesprochen wurden die neueren Forderungen der Ärzte bezüglich der uneingeschränkten Zulassung der Ärzte zur Kassenpraxis u. a. durch die neuere Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 15000 Mk. Dadurch wird nach Zulassung der Ärzte die Krankenkassenversicherung zu einer allgemeinen Volksversicherung, die die Zahl der örtlichen Privatpatienten auf einhundert bis zweihundert beschränkt; was eine weitere Schmälerung des Arzteinkommens bedeutet. Die Krankenkassenverbände bestreiten auch dies. Wir glauben jedoch, daß hier die Wahrheit in der Mitte liegt, und zwar in dem Sinne, daß die Befürchtungen der Ärzte zu schwarz sind und die Zulassung der Krankenkassenverbände zu rotig sind. Gest steht jedoch, daß der Streik der Zwangsversicherten im Rahmen der Krankenkassen mit der Zeit immer größer und dementsprechend die Privatpraxis geringer geworden ist. Soweit dies nicht eine direkte Folge des Ausbaues der Sozialgesetzgebung war, muß man den Rest dieser Erscheinung der zunehmenden Ausfüllung des Mittelstandes durch die privatkapitalistische Entwicklung zuschreiben. Das beweist allein die riesige Zunahme der Krankenkassenmitglieder, die doch ganz gewiß keine Bedeutung in einer entsprechenden Zunahme der Bevölkerungsziffer findet. Also auch hier erhalten die Forderungen der Ärzte in den allgemeinen Verhältnissen eine festere Stütze als die Behauptungen der Kassenverbände, bei denen ansehend allzu bürokratische Auffassungen einen gewissen „Arbeitsgeberstandpunkt“ vorleben lassen.

Die neuen materiellen Forderungen der Ärzte sind sehr hoch im Vergleich zu den bisherigen Sätzen, nach denen sie die Kassenmitglieder zu behandeln hatten. Sie bedeuten

durchweg das Vierfache der bisherigen Sätze, die z. B. in Leipzig am 9. Dezember 1919 mit durchschnittlich 1,80-2 Mk. für Konfektion und Bekleidungsgebiere festgelegt waren. Nach Mitteilungen der Kassenvorstände fordern die Ärzte nunmehr für jeden Besuch des Arztes in der Wohnung des Kranken 12 Mk. und für jede Beratung in der Sprechstunde 8 Mk. Dazu soll für jede Sonderleistung ein hohes Extrahonorar berechnet werden. Auf einen Krankheitsfall sollen vierfach bis fünfmal soviel wie bisher vier Einzelleistungen in Anspruch gebracht werden. Honorierung nach Mißbilligung, Pauschale und dergleichen sollen ganz fortfallen. Das sind zweifelhafte Forderungen, die mindestens eine Verzehnfachung der früheren Extrahonorare bedeuten. Sie werden von den Ärzten damit begründet, daß die Kosten der Lebenshaltung und der Beiträge zu den Krankenkassen gegen früher um das Zehnfache gestiegen seien. Mathematisch wie sachlich dürfte diese Rechnung nicht allzu viel Fehler aufweisen; aber sie zeugt trotzdem nicht von sozialer Einsicht und steht mit der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen in argem Widerspruch. Gewiß sind die Kasseneinträge wesentlich erhöht worden, aber eine zehnfache Steigerung haben und konnten sie nicht erfordern; ebensowenig wie das Krankengeld. Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Ärzte auf eine wesentlich höhere Entschädigung ihrer Leistungen Anspruch erheben; und wenn es nur am Willen der Arbeiterschaft läge, würde dem wohl auch ohne Bedenken entsprochen werden. Aber Wollen und Können sind zweierlei. Restlose Erfüllung dieser Forderungen würde eine weitere wesentliche Erhöhung der Krankenkassenbeiträge erfordern. Und dazu ist die Arbeiterschaft unter den heutigen Verhältnissen auch beim besten Willen nicht mehr in der Lage. Was häme esst dann in Frage, wenn die Mehrheit der Versicherten imstande gewesen wäre, ihr Einkommen in gleicher Weise zu steigern; aber wenn die Arbeiterschaft nicht mehr mit einer höchstens sechs- bis siebenfachen Steigerung ihres Einkommens gegenüber der Friedenszeit behelligen und dementsprechend gegenüber der durchschnittlich zehnfachen Preissteigerung sehr harte Entbehrungen auf sich nehmen. Das dem so ist, dürfte gerade die ärztliche Praxis allerorts am deutlichsten gelehrt haben. Jeder Arzt, der Krankenkassenpatienten zu behandeln hat, dürfte dies aus eigener Erfahrung bestätigen können. Wir vermüssen daher im Ausmaß der materiellen Forderungen der Ärzte die richtige soziale Einsicht und bedauern die Kurzsichtigkeit, die die Organisationsvertreter der Ärzte in dieser Hinsicht bezeugen. Eine Spekulation ihrerseits auf gewisse höhere Spitzenlöhne einzelner besonders begünstigter Arbeitergruppen wäre ebenso irreführend, wie jene der Krankenkassenvorstände auf die Existenz von einzelnen „Kassenslöwen“ unter den Ärzten, die trotz der bisherigen niedrigen Honorarsätze der Krankenkassen außerordentlich hohe Jahresentnahmen ergelien, verheißt ist.

Nicht minder bedauerlich ist aber auch das Verhalten der Kassenvorstände, das diese in einer Konferenz am 13. Mai mit den Vertretern der Ärzteorganisation in Leipzig an den Tag gelegt haben. Sie lehnten nicht nur die prinzipiellen Forderungen der Ärzte bezüglich der Zulassung sämtlicher Ärzte zur Kassenzulassung ab, sondern verließen nach ebensolcher Ablehnung der materiellen Forderungen einfach das Verhandlungslokal, ohne einen ernsthaften Versuch zu machen, mit den Vertretern der Ärzte auch nur über einen einzigen Punkt zu verhandeln. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Vertreter der Ärzte zu Verhandlungen bereit gewesen sind, sonst hätten sie ja überhaupt nicht zu der Konferenz persönlich zu erscheinen brauchen; ein eingeschriebener Brief mit kurzgefaßtem Minimum hätte dann genügt. Und hier ist der springende Punkt, wo die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft bei den demnächstigen Generalversammlungen der Krankenkassen oder bei sonstiger Mitwirkung in der Verwaltung der Krankenversicherung eingetreten haben. Es ist zuzugeden, daß die Leistung der ärztlichen Standesorganisation schon seit vielen Jahren bezüglich ihrer Haltung gegenüber den Krankenkassen einen ziemlich rauhen Gaden spinn. Aber der geradezu kindliche Abbruch dieser Leipziger Konferenz am 13. Mai durch die Vertreter der Krankenkassen, weil die Ärzte mit „Streik“ gedroht haben und „Vertragsbruch“ auf dem Gewissen haben sollen, ähneln dem berühmten „Herrn-im-Haule“-Standpunkte wie ein Ei dem andern. Eine solche Haltung der Krankenkassenvorstände findet zwar in dem allgemeinen Vorgehen des Ärzteverbandes eine äußerliche Parallele, wird aber dadurch ebensowenig gerechtfertigt wie das Verhalten der Ärzte. Von gewerkschaftlichen Grundätzen aus, die wir zu vertreten haben, müssen wir einer Verständigung das Wort reden. Die Ärzte haben durch ihren verantwortungsvollen Beruf, der ihnen Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen in die Hände gibt, ein hohes Amt zu verwalten. Sie dürfen daher auch vom sittlichen Standpunkt aus keinen materiellen Mißbrauch mit diesem Amte treiben. Sie müssen die Kirche im Vorfeld lassen. Und die Krankenkassen sollten dementsprechend die Arztfrage in dem Sinne behandeln, wie die Versicherer als Arbeiter verlangen und wünschen von den Unternehmern behandelt und entlohnt zu werden. In dieser Beziehung zeigen sich auch beim gegenwärtigen Konflikt zwischen Krankenkassen und Ärzten erhebliche Schattenseiten, an denen beide Teile schuld sind.

## Zu unserer Kreisamtsitzung

Aber besteht und Industriegebiete des II. Kreises soll im Kreisamt über Verrechnung bereits gewählter besonderer Zulagen mit der neuen Steuerungsulage eine Verhandlung herbeigeführt werden.

Einige Wochen erst ist es her, daß die Kreisamtsitzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes endlich einmal eine den eminenten Steuerungsverhältnissen mehr entgegen-

kommende Bezahlung durch den Beschluß des Kreisamts mit Gewährung besonderer Industriezulagen erteilt (wobei die Löhne aber noch nicht an die in andern Gewerben hier bezahlten heranreichen), da kommt der Tarifausschuß und will ihr dies durch den ältesten Beschluß wieder nehmen.

Glaubt man denn, daß sich die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen inzwischen so gebessert haben, daß die Arbeiterschaft auf die besondere Zulage verzichten kann? Immermehr ist dies der Fall. Was Gegenteil ist vielmehr zutreffend. Mit der einen Hand gab man, mit der andern will man es wieder nehmen — und die Prinzipalität hat den Nutzen davon. Gibt es doch Verleger, die nachdem die Industriezulagen gewährt wurden, in ihren Zeitungen schreiben, die Löhne der Buchdrucker seien zehnmal so hoch als im Frieden.

Kollegen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes! Der Beschluß des Tarifausschusses betreffend Anrechnung der Industriezulage kann von uns nicht anerkannt werden, weil er uns die Existenzmöglichkeit raubt. Sollen wir in allen Verammlungen Stellung gegen dieses Begehren genommen und euren Vertreter im Kreisamte beauftragt, daß er gegen jede Anrechnung stimmt, auf daß auch der rheinisch-westfälischen Kollegenschaft die leider so ungenügende neue Steuerungsulage voll zugute kommt.

## Folgeschwerer Edelmut

In Nr. 41 des „Korr.“ unterbreitet uns unter dem Titel „Fort mit jeder Lohnerhöhung“ Kollege Albert Scholten (Emmerich) eine Lösung des so schwierigen Problems betreffend Abbau der Lebensmittelpreise, daß man sich wirklich die Frage vorlegen muß, gehört der Artikel-Schreiber zur arbeitenden Klasse der deutschen Bevölkerung? Wie kann ein Mann, der nur durch seiner Hände Arbeit seinen Lebensunterhalt fristet, sich mit dem nächstbesten Großhandelskaufmann in bezug auf Abgaben gleichgültig welcher Art im Allgemeininteresse auf eine Stufe stellen? Kennt der Mann nicht schon das Gleichnis im Neuen Testament vom „reichen Mann und der armen Witwe“? Oder glaubt er sich für das Wohlergehen unseres Volkes so sehr verantwortlich, daß er auch vom Armsten einen Vorschub für den Einkauf „billiger Lebensmittel“ verlangt?

Eingemessen überlegend, mühte ihm doch klar sein, daß wir einen in Anbetracht unserer schlechten Ernährungs-lage sehr großen Prozentsatz von Volksgenossen haben, die für drei bis vier Durchschnittsdeutsche Lebensmittel verzehren und dazu solcher Art, wie sie uns Armen bloß noch dem Namen nach in Erinnerung sind. Und für diese Preiser soll nun die Mark der Masse der Armen ebenfalls mitbestimmen, die Lebensmittel zu verbilligen? Ferner bin ich der Ansicht, daß wenn wir in Erwartung billigerer Lebensmittel und Bedarfsartikel keine Lohnerhöhung er-treben, infolge der stetig steigenden Preise und der Un-möglichkeit der Beschaffung des auch nur Allernotwendigsten, dann nicht mehr die Nutznießer des so edelmütig gedachten Barvorschlusses sind, sondern wir können ihn alsdann als „Vorschub auf die Selbsteig“ buchen.

Naturngemäß gab dieser Artikel schon in seiner Überschrift dem Arbeitgeber unsern Wasser auf die Mühle, und wir erleben es in unserm Lokalblättern im badischen Oberlande, wie diese „Perle eines Arbeiters“ in bezug auf Vernunft und Verstand geirrt wird; im Gegenzug zu der immer mit höheren Lohnforderungen hervortretenden einheimischen Arbeiterschaft. Dagegen müssen wir uns wehren! Bedenke ein jeder mehr, was er im „Korr.“ schreibt: man läßt es sich wirklich nicht gern von bürgerlichen Blättern unter die Nase reiben und von der Arbeiterschaft um die Ohren schlagen.

Lürrach i. B.

Karl Bechtel.

## Zur Generalversammlung

### Wie wird der neue Kurs?

Inser Berufsparlament, das in Kürze zusammentritt, wird sich mit vielen kleinschneidenden Fragen zu beschäftigen haben. Eine der wichtigsten dieser Fragen ist für mich die: Wie wird der neue Kurs? Daß die Richtung, die eingeschlagen wird, dem neuen Geist angepaßt werden muß, wird ja allen klar sein. Vieles „Alte“ hat sich innerhalb der Gewerkschaft bewährt, dessen Gerechtigkeit kann man aber nicht ohne weiteres an den Strömungen der neuen Zeit vorübergeben. Ein merklicher Ruck nach links ist in der Gelamtarbeiterchaft vor sich gegangen. Auch in den Beschlüssen unres Verbandsparlamentes wird sich dieser Zug ausdrücken; ich wünsche es im Interesse des Verbandes und der gesamten werktätigen Menschheit.

Innerhalb unserer Opposition sind gute Kräfte vorhanden. Ohne weiteres würden diese das Steuer des Verbandes in die Hand nehmen und versuchen, nach ihren Ideen, gut und sicher zu steuern. Aber — die Idee ist gut, die Verwirklichung dagegen innerhalb einer Gewerkschaft schwer. Die Realität des reinen Vätergedankens ist meines Erachtens noch nicht durchführbar in einer Gewerkschaft, solange die politische Konstellation innerhalb des öffentlichen Lebens nach allen andern Seiten, bloß nicht nach links weigt. Es läßt sich unter diesen Verhältnissen mit dem Vätergedanken nichts erreichen. Schon vor nach dem Metallarbeiterverband. Die neuen Männer, alles Verfechter des reinen Klassenkampfes, müssen sich wohl oder übel zu der bewährten Gewerkschaftstaktik zurückfinden, wollen sie positive Arbeit leisten.

Ich sage schon, vieles „Alte“ ist gut in der Taktik, aber trotzdem dürfen wir nicht mehr in veraltete Methoden

zurückverfallen. Wir müssen uns von dem Gedanken lösen lassen, daß wir alle zusammenstehen müssen — ob „rechts“ oder „links orientiert“. Erkennt die Zeichen der Zeit! Ein einiges und geschlossenes Arbeiten von „rechts und links“ erfordert unsere Zukunft. Eine Einheitsfront gegen den gemeinamen Feind: Kapitalismus; für unser aller Ziel: den Sozialismus. Nicht Selbstzerfleischung, sondern Gemeinsamkeit oder ist die Wolfe für den Verbandstag. Den berufenen Vertretern in unserm Parlament, die darüber befinden, wie und wohin wir feuern in Zukunft, rufe ich Schillers Worte zu: Seid einig, einig, einig!

Berlin.

Gustav Leube.

### Ein Vorschlag zur gefälligen Diskussion

Am für alle Fälle gerüstet zu sein, hat der Verbands-normand den Beitrag um wöchentlich 1 Mk. erhöht. In Kollegentreuen wird darob gemurmelt, und doch hat der Verbandsvorstand laut Statut dazu ein Recht. Wer gegen diese und ähnliche Maßnahmen protestieren will, muß darauf achten, daß das Statut geändert wird und dadurch den Mitgliedern in diesen Fragen mehr Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Auf der kommenden Generalversammlung ist dazu Gelegenheit. Trotzdem läßt sich die Frage erörtern, ob jetzt eine Beitragserhöhung von 1 Mk. notwendig war, oder ob nicht 50 Pf. genug gewesen wären. Nach der letzten Statistik hat die Verbandskasse am 31. Dezember 1919 einen Vierteljahresüberschuß von 491796,12 Mk. zu verzeichnen. Nun, wer kämpfen will resp. zum Kampfe gezwungen wird, muß gerüstet sein — deshalb sei von einer weiteren Kritik über die Beitrags-erhöhung abgesehen.

Nach einer Statistik des „Korr.“ (Nr. 9 d. J.) betragen die Ausgaben für Unterführungen in den Jahren 1892 bis 1918 über 70 Proz. In unserer letzten Bezirksver-sammlung erklärte der Bezirksleiter, die Unterführungsfrage müsse einmal erörtert werden; wir müßten an einen Abbau dieses Zweiges denken. Er sei auch der Ansicht, daß Staat und Kommunen die Pflicht hätten, bedrängten Volksgenossen zu helfen. Kollege Grabmann wies in einem Vortrag u. a. darauf hin, man müsse bei der Erhaltung der Verbandskasse an die „Alten“ denken.

Um vielen Kollegen gerecht zu werden, erlaube ich mir nun folgenden Vorschlag: Um eine einheitsliche Kampforganisation zu schaffen, schließe man alle graphischen Arbeiter zu einem Industrieverbande zusammen mit einem geringen Beiträge, der nur der Propaganda und der Streikunterstützung dien. (Wie bisher: heute die Hilfsarbeiter, morgen die Buchbinder, übermorgen die Buchdrucker in Lohnforderungen, dürfte und wird es nicht mehr lange weiterrücken.) Die Verbandskassen der einzelnen Verbände können durch Herausgabe einer größeren Summe einen Grundstock zum Industrieverbande schaffen, freten aber im übrigen als Unterführungskassen jeder Verband für seine Mitglieder in Liquidation! Gehe diese Kassen „alle“ sind, dürfte man in Deutschland wohl so weit sein, daß die in Bedrängnis geratenen Kollegen durch Krankenkassen, Staat und Kommunen so viel Unterstützung finden, daß ihre Existenz gesichert ist. Will man die Liquidation nicht, kann man die Kassen auch als Unterführungskassen weiterbestehen lassen. Dann sind die „Alten“ der Sorge um ihr späteres Wohlergehen bedürftig; die jüngere Generation aber nicht ohne weitere Befähigung durch hohe Beiträge im Graphischen Industrieverband die reine Kampforganisation! Alles Nähere kann noch erörtert werden, soweit dies nicht schon durch die Artikel der Kollegen Kolle, Gabben u. a. über den Industrieverband geschehen ist.

Neukölln.

D. E.

## Correspondenzen

St. Augsburg. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am 13. April wurde zu den Anträgen zur Verbandsgeneralversammlung Stellung genommen. Vorsitzender Maier behandelte besonders die Anträge, die die Neugestaltung des Verbandes und der Tarifgemeinschaft betrafen. Die übrigen Anträge aber würde er zur Durchberatung einer späteren Verammlung empfehlen, obwohl er die Meinung vertritt, daß von den rund 450 Anträgen 400 von der Generalversammlung abgelehnt werden sollten. Eine Aussprache zu den Ausführungen des Vorsitzenden wurde nicht beliebt, da man sich im Prinzip damit einverstanden erklärte. Auch hielt man es nicht für praktisch, unserm Delegierten ein gebundenes Mandat mit auf den Weg zu geben. Im weiteren Verlauf der Verammlung gab Kollege Sier einen ausführlichen Bericht über die Kreisamtsitzung. Hieran knüpfte sich eine kurze Aussprache, in welcher zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Tätigkeit der Kreisämter so unbedeutend sei, daß diese ruhig aus dem Tarif beiseite gelassen könnten, denn eine erprobliche Arbeit werde dort seit langer Zeit nicht mehr erzielt.

Breslau. In der Verammlung am 31. März wurde zunächst das Andenken von vier Verstorbenen gelebt und 23 meist neuausgelernte Kollegen zur Aufnahme empfohlen. Dann besprach in einstündigem Referat unser Vorsitzender die gegenwärtige Lage, wobei das Verhalten des hiesigen Outenbergbundes während des Generalstreiks scharf geißelt wurde, durch deren Streikbruch es der Kapp-Regierung ermöglicht wurde, ihre Künge nachdrücklich in der durch ihre Vorbereitung zum Putzschlüssel bekanntem „Schlesischen Zeitung“ in die Welt setzen zu können. Die Verammlung sprach sich gegen jede fernere Interessengemeinschaft mit diesen Kollegen aus. Auch vier Kollegen aus unsern Reihen werden wegen ihrer „Solidarität“ zur Rechenschaft gezogen werden.

Wegen seines Verhaltens im Kartell und wegen grober Beleidigung unsrer Vorlesenden in einer kommunikativen Versammlung wurde dem Kollegen Rippel durch einstimmigen Beschluß das Mandat als Kartelldelegierter entzogen. — In der ordentlichen Generalversammlung am 11. April wurden weitere 24 meist neuangewählte Kollegen unsern Reihen zugeführt. Nach einigen Erläuterungen zum Jahresbericht durch den Vorsitzenden und den Kassierer wurde der bisherige Vorstand bis auf einen Beisitzer wiedergewählt; ebenso die Kassierprüfer. Neugewählt wurde eine Vergütungskommission. Der Ortsvereinsbeitrag wurde um 75 Pf. der Bezirksbeitrag von 15 auf 50 Pf. erhöht.

**Bab Feutenberg (Schür.).** In dem seit etwa dreiviertel Jahren von der Berliner Druckerkrankenkasse für das Buchdruckgewerbe angekauften Erholungsheim lernte man erstmalig den 1. Mai und gleichzeitig konnte einer seiner derzeitigen Anwesen, Kollege Adolf Cassel, früher langjähriger Vertrauensmann bei der Firma Wilhelm Grewe (Berlin), sein 50jähriges Berufsjubiläum dort begehen. Seine Mitpatienten legten alles daran, ihm seinen Ehrentag zu einem unvergesslichen zu gestalten. Der Pflegsobmann Kollege Hoffmann hielt eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung des 1. Mai hinwies und des Jubilars im besondern gedachte. Dank des Entgegenkommens der Oberschwester gelangte sich der ganze Tag auch hinsichtlich des Essens zu einem festlichen. Nach Tisch unternahm die Anwesenden des Heims vollständig einen gemeinsamen Ausflug nach dem wundervollen in einem Talhessel an der Sornitz gelegenen Grünau, der in antikerer Stimmung verfiel. Nach erfolgter Rückkehr fanden sich die Pfleglinge nach dem Abendessen noch bis zur Schlafenszeit zu einer Fidelitas auf dem Balkon des Hauses zusammen, die den wundervollen Monatsfest in würdiger Weise abschloß. Möge der Jubilar noch lange nach wiedererlangter Gesundheit in Frische der einzigartigen Feier gedenken!

**F. Stutzgart.** Die Mitgliederversammlung am 1. April ehrte in üblicher Weise das Andenken der verstorbenen Kollegen Speit und Weber. Gegen die Erhöhung des Verbandsbeitrags wurde nichts eingewendet. Der Zusammenschluß der beiden Kollegenvereine „Gutenbergsverein“ und „Klopffholz“ wurde begrüßt und dem neuen Verein kräftiges Gedeihen gewünscht. Das Jubiläum wird in hergebrachter Weise am 26. Juni in der „Niederhalle“ gefeiert werden. Zur Wahl von acht Delegierten zur Generalversammlung wurden von den auswärtigen Mitgliedern fünf, von Stutzgart neun Kandidaten aufgestellt. In einem kurzen Referat besprach Kollege Klein aus dem reichen Straube von Anträgen die allgemeinsten sowie die vom Gau eingereichten Anträge in eingehender Weise. Recht lebhaft wurde über die herrschende Steuerverhältnisse und die rasche Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel diskutiert und damit die Populärlegierung verglichen, die in der gegenwärtigen Verhältnisse zu dieser Preissteigerung steht. Ein entsprechender Antrag des Kollegen Steinbach fand einstimmige Annahme.

**r. Stutzgart.** Dem Zuge der Zeit folgend, haben auch die Mitglieder der beiden hiesigen Vergütungsvereine „Gutenbergsverein“ und „Klopffholz“ die Übergangzeit gewonnen, daß die heutigen Verhältnisse mehr denn je einen Zusammenschluß aller Kräfte erfordern. Das Wirken der beiden Vereine, die auf ein beinahe 60- bzw. 50jähriges Bestehen zurückblicken können, im kollegialen Geist innerhalb unserer Organisation und sogar über Deutschlands Grenzen hinaus, ist allen Verbandsmitgliedern zur Genüge bekannt. Die Verschmelzung ist nun vollzogen. Eine ständige Sängerschar von beinahe 200 Sängern war am ersten Abendsabend anwesend. Wie aus einer mächtigen Orgel umrauschten die Melodien von Baumgartners „Gutenbergslied“ die Begrüßungsansprachen des Kollegen F. Schneider namens der Ausschüsse und des Kollegen G. Klein namens des Gauvorstandes. Da beide Chöre über ein ausgezeichnetes Stimmaterial verfügen, dürfte der neue Chor bald an der Spitze der hiesigen Vereine markieren, wovon das heutige Johannistagsgesangsabgeben soll. Bereits haben sich weit über 1000 Kollegen dem „Gutenbergs-Klopffholz Stutzgart“ angeschlossen, was ein recht erfreuliches Zeichen für die Zukunft des Vereins und unser kollegiales Leben bedeutet.

**Waldenburg i. Schle.** Zu der Bezirksfunktionskonferenz am 28. März waren die Delegierten von sämtlichen Orten vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben eines Mitgliedes in üblicher Weise geehrt. Als Gast war Gauvorsitzer Fiedler anwesend. Vorsitzender Bödel erklärte, daß der vielen Unklarheiten wegen, die jetzt herrschen, eine derartige Versammlung notwendig war. Redner gab weiter einen kurzen Bericht von der letzten Bezirksvorsitzendenkonferenz und einige Anträge zur nächsten Gauvorsitzendenkonferenz bekannt. U. a. wurde der Vorsitzende beauftragt, die Auflösung der Schweidnitzer Sängerschaft zu beantragen. Den Kassenbericht gab Kollege Schneider. Nach dem Berichte der Delegierten ergab sich, daß in den meisten Orten noch nicht die Steuerungsulage zur Auszahlung gekommen sei. Vorläufig wurde es bei dem alten Bezirksbeitrage belassen. Anher Geschlossenverkörper wurde beauftragt, unsere Interessen bei der Generalversammlung so zu vertreten, wie es die wirtschaftliche Lage erfordert. Falls geregelter Bahnverkehr eintritt, findet nach der Generalversammlung eine Bezirksversammlung statt.

**Wiesbaden. (Graphisches Kartell.)** Am Sonntag vor Ostern hielt Kollege Volk den zahlreich erschienenen Lehrlingen des graphischen Gewerbes einen Vortrag über: „Systematische Ausbildung der Lehrlinge“. In seinen Ausführungen behandelte der Vortragende Gewerbeord-

nung, Bundesratsvorschriften, Fachschulen, Unfallversicherung, Verbandsentscheidungen usw. und schloß mit dem Appell an die Lehrlinge, jede freie Minute ihrer beruflichen Fortbildung und später ihrer Organisation zu widmen.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Sur Kenntnisnahme!** Wir sehen uns zu dem Hinweise veranlaßt, daß die Nummern bis zum Generalversammlungstermin bereits überfüllt sind. Die Einblendung von weiteren Artikeln hat also keinen Zweck. — Am 15. Juni wird, um Papier für die Generalversammlungsbücherherstellung vorzuparieren, keine Nummer erscheinen, da die ersten Berichte über die Generalversammlung ja doch erst am 17. Juni gebracht werden können.

**Verleierterlag der Verbandsmitglieder der Republik Polen.** Im Anschluß an den Gaugang in Polen am Sonntag, dem 4. Juli d. J., findet ein Verleierterlag sämtlicher Verbandsmitglieder in der Republik Polen statt. Anträge zu dieser Sitzung sind bei dem Kollegen G. Wagner in Polen, Königsplatz 5, baldigst einzureichen.

**Geschäftsprüfung.** Bei der Geschäftsprüfung des Handwerksammerbezirks Ulm in erbellen von 53 Prüflingen 14 die Note „Gut“, 20 „Befriedigend“ und 13 „Unzulänglich“.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerksammer Ulm legte Kollege Dietrich die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

**Gortgang der großindustriellen Umkammerung der deutschen Presse.** Nachdem der Großindustrielle Sinnes schon 64 Zeitungen in Deutschland und Deutsch-Österreich häufig erworben hat, rühren sich auch andere deutsche Großindustrielle, um die deutsche Pressefreiheit ihren sozialpolitischen Zwecken noch mehr als bisher zu unterwerfen. Nach einem Berichte der „Frankfurter Zeitung“ ist am 20. Mai die „Kölnische Volkszeitung“ in den Besitz der Köhler Eisenfirma Otto Wolff & Co. übergegangen. Hinter dieser Firma steht ein Konsortium der Köhler Grobhandeln, das diese Zeitung in eine Aktiengesellschaft umwandeln will. Die bisherigen Inhaber der Firma Badem führen lediglich die Druckerei weiter. Dasselbe Konsortium mit der Firma Wolff hat auch das „Kölnische Tageblatt“ mit der Köhler Verlagsanstalt erworben und die alten Aktien, soweit greifbar, aufgekauft. Eine Kapitalerhöhung von 1,1 Millionen Mark soll das Unternehmen auf eine breitere Grundlage stellen.

**Der endgültige Termin für neue Arbeitsordnungen.** Im „Reichsgesetzblatt“ Nr. 108 vom 18. Mai wird unter Nr. 7527 ein Gesetz zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes verkündet, wonach laut Beschluß der deutschen Nationalversammlung und nach Zustimmung durch den Reichsrat § 80 Absatz 3 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 folgende Fassung erhält: „Ist die geltende Arbeitsordnung vor dem 1. Januar 1919 erlassen, so ist spätestens bis zum 1. September 1920 eine neue Arbeitsordnung zu erlassen.“ Damit befristet sich unsere Mitteilung in Nr. 47, auf die wir in Hinblick auf die einzunehmende Haltung der Betriebsräte oder Vertrauensleute in dieser Frage nochmals verweisen möchten.

**Betriebs einschränkungen und öffentliche Arbeitslosenunterstützung.** Das Reichsarbeitsministerium hat in den letzten Tagen entschieden, daß den infolge der Wirtschaftskrisis zur Entlassung kommenden Arbeitsschranken die öffentliche Arbeitslosenunterstützung nach § 6 der Verordnung über die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren ist. Dieser Beschluß ist allen zuständigen Stellen in den einzelnen Ländern auf telegraphischem Wege mitgeteilt worden.

**Die Kosten der Lebenshaltung am 1. Mai nach Dr. Elsas.** Der untern Lehren aus neueren Abhandlungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete bekannte Wirtschaftswissenschaftler Dr. Elsas in Frankfurt a. M. kommt in Weiterführung seiner statistischen Berechnung der Lebenshaltungskosten für den Stand vom 1. Mai d. J. zu einer Endziffer von 289 gegen 198 am 1. März d. J.; er stellt also eine weitere Erhöhung um 46,4 Proz. für einen Zeitraum von nur zwei Monaten und gegenüber dem Stande vom 1. Januar 1914 sogar eine solche von 99,1 Proz. fest. Für Lebensmittel verzeichnet er von März bis Mai d. J. eine Erhöhung der erforderlichen Ausgaben um 71,7 Proz., für Kleidung eine Senkung um 10,3 Proz., Ausgaben für Wohnung bleiben unverändert, die Kosten für Heizung und Beleuchtung steigen um 15,4 und jene für Verchiedenes um 15 Proz.; Steuern sind nicht berücksichtigt. Dr. Elsas' Berechnungsmethode teilt die Kosten der gesamten Lebenshaltung nach folgenden Quoten ein: für Lebensmittel 74, für Kleidung 10, für Wohnung 3, für Heizung und Beleuchtung 6 und für Verchiedenes 7 Proz. Diese Ergebnisse seiner Erhebungen begleitet Dr. Elsas mit folgendem Kommentar: „Für die Berichtsperiode vom 1. März bis 1. Mai d. J. weist die Indexziffer die größte bis jetzt festgestellte Steigerung auf. Für Frankfurt a. M. stellt sie sich um 91 Punkte höher als am 1. Januar d. J. Diese ganz ungeheuerliche Steigerung der Lebenshaltungskosten rührt fast ausschließlich aus der Preissteigerung der Nahrungsmittel her. Die Veränderungen der Preise der übrigen Lebensbedürfnisse fallen demgegenüber nicht ins Gewicht. Die Preise für Schuhe und Kleidung weisen sogar bereits einen wenn auch noch bescheidenen Rückgang auf, und damit ist diesmal zum erstenmal in der Spalte für die Preissteigerungen eine Entlastung zu machen. Während also in die Masse flüchtiger Preissteigerungen endlich einmal Preise gelegt wurde, weisen sowohl die behördlich bewirtschafteten als auch die im freien Handel erhältlichen Nahrungsmittel wiederum

neue Rekordpreise auf. So kostete, um nur die wichtigsten Nahrungsmittel herauszugreifen, in Frankfurt a. M. ein Kilogramm (amtliche Preise)

1920	Brot Mh.	Mehl Mh.	Kartoffeln Mh.	Fleisch Mh.	Eis Mh.
1. Januar	1,20	1,—	—,40	10,80	11,60
1. Mai	2,56	3,10	—,80	25,—	18,—

Doch darf man, wenn nicht alle Zeichen trügen, hoffen, daß die vorliegenden Indexziffern den Gipfelpunkt der Preisbewegung darstellen, und daß wir jetzt in die Periode des Preisabbaus eintreten. Bis jetzt vollzieht sich allerdings die Anpassung der noch im Handel befindlichen teuer eingekauften Vorräte nur zögernd an den Preisrückgang aller Auslandswaren, den wir unsrer jetzt günstigeren Valuta verdanken (vgl. z. B. die Preise der Inhalts- und Auslandsarmeleide am 1. Mai). Dieser Preispolst des Handels wird durch die zur Zeit erschwerte Einfuhr, solange das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage noch besteht, ungewollt Vorstöße gestiftet. Hier liegt der Schlüssel, wie diesen durch anormale Marktverhältnisse hervorgerufenen Verlagen der selbsttätigen Preisregulierung entgegenzuwirken werden kann.“

**Änderungen der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung.** Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. Mai 1920 wird die Rechtsverordnung über Arbeitslosenunterstützung erneuert abgeändert. Entsprechend den gerade in den letzten Monaten stark gestiegenen Preisen mußten die Höchstätze fast durchweg erhöht werden. Auch wird von nun an bei männlichen Arbeitslosen über 21 Jahre ein Unterkost gemacht werden, ob sie im eigenen Haushalte leben oder nicht; dieser Unterkostbestand bisher schon bei weiblichen Arbeitslosen. Es beträgt künftig der Höchstlohn in der Ortsklasse A, zu der die meisten großen Städte gehören, für Männer mit eigenem Haushalte täglich 8 Mk., für Männer im fremden Haushalte täglich 7 Mk., während bisher in beiden Fällen nur 6 Mk. gezahlt werden durften; männliche Arbeitslose unter 21 Jahren erhalten 5 Mk. (bisher 4,25 Mk.). Für weibliche Arbeitslose mit eigenem Haushalte ist der Höchstlohn in Ortsklasse A von 5 auf 6 Mk. hinaufgesetzt worden, entsprechend wurde mit den Sätzen für die anderen Ortsklassen verfahren. Auch die Familienzuschläge, die im Januar erhöht wurden, mußten bereits erneut heraufgehoben werden. In denjenigen Fällen, in denen die neuen Höchstätze in einem auffälligen Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, kann die Unterstützung durch Anordnung der Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers bis zu dem vom Oberverwaltungsamt festgesetzten Ortslohn erhöht werden; dagegen ist die Bestimmung, daß der Ortslohn unter allen Umständen die Mindestgrenze der Unterstützung bildet, weggefallen. Die neuen Sätze treten rückwirkend mit dem 1. Mai d. J. in Kraft. Ausnahmen betreffen in besonderen Fällen der Zustimmung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bezeichneten Stelle zur Vermehrung unbilliger Härten. Für Angehörige von Berufsleuten, die einen besonders günstigen Arbeitsmarkt aufweisen, soll die Höchstdauer der Unterstützung bis auf 13 Wochen beschränkt werden. Die sogenannte Aushilfsunterstützung bleibt jedoch von dieser Beschränkung der Fürsorge auf eine bestimmte Frist unberührt, deren Übergang zur künftigen Arbeitslosenversicherung, deren Leistungen ebenfalls beschränkt sein werden, angebahnt.

## Verchiedene Eingänge

Die Gewerkschaften in der Revolution“ von Richard Seldel, Preis 3 Mk. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ in Berlin C 2, Breite Straße 8 D.

„Die Neue Zeit.“ Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie Nr. 3-5, 35. Jahrgang, 2. Band, 80 Pf. Verlag von F. S. W. Dietz Nachf. in Stuttgart.

## Gestorben

In Alfeld am 17. Mai der Geher Franz Jungbänel, 66 Jahre alt.

In Wernburg am 9. Mai der Geschäftsführer Robert Thora-hauer aus Nordhausen, 49 Jahre alt.

In Burg am 9. Mai der Schulwalde Wilhelm Brandt aus Hettich, 83 Jahre alt — Lungenerkrankung.

In Breslau der Geher Paul Reich von dort, 19 Jahre alt — Lungenerkrankung.

In Wühl am 11. Mai der Geher Karl Friedrich Ruz aus Wülfer-tal, 29 Jahre alt — Schlaganfall.

In Burg b. M. am 21. Mai der Geherinwalde Wilhelm Frömke, 49 Jahre alt.

In Banz der Korrektorenwalde Johannes Gruhl, 51 Jahre alt.

In Steppes am 8. Mai der Geher Alfred Zambra aus Som-bruch, 19 Jahre alt — Lungenerkrankung.

In Essen der Drucker Karl Rühl aus Mülheim (Ruhr), 42 Jahre alt — Gehirnerkrankung.

In Frankfurt a. M. am 6. Mai der Korrektor Andreas Scheurle aus Lang, 63 Jahre alt — Schlaganfall.

In Halle a. S. am 6. Mai der Administrateur der Buch-druckerei des Waisenhauses Albert Seiffmühl — Selbstmord.

## Briefkasten

**F. S. in M.-B.** Die Angelegenheit ist ebenso wichtig wie schwierig. Aus letzterem Grunde halten wir Ihre Behandlung im „Korr.“ nicht für unzulässig; Sie kann auf der Generalversammlung oder im Vorlande des Graphischen Bundes sachdienlich erörtert werden und so auch einen bestimmten Ausgang finden. — G. W., Sch. und St.: Begrüßung aus Genuß von angestrebter Organisationsarbeit freudig aufgenommen; hoffentlich zum allgemeinen Besten erfolgreich gewirkt. — D. Th. in Burg: 3,40 Mk. — S. B. in Br.: 10 Mk.

Die jahrelangen, bis jetzt bei uns eingelaufenen Berichte über die Einnahme von Mitgliedern oder Größen vor letzten Parteitagung sind, soweit sie auch über die erfolgreiche Mitgliedschaft der Gewerkschaften allgemein und insbesondere der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern mit in Betracht auf den Raum angeht abzuhandeln, um diese zu befrachten, die Rechte, die der noch vorliegenden Berichte soll sobald wie möglich zum Abschluß gelangen.

Die Redaktion

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.  
 Schriftföhrer: Wm. Surland, Nr. 1191.

**Quartierregung für die Delegierten zur zehnten Generalversammlung in Nürnberg**  
 (Nachtrag)  
 Hotel „Schneider“, Hohensasse: Mittelrhein, Posen, Zarisk  
 am, Stenograph, Bekreter des Gewerkschaftsbundes.

**Gau Schlesien** (Generalversammlungs-Delegiertenwahl) Abgegebene wurden 2169 gültige Stimmen; absolute Mehrheit 1135. Es erhielten Stimmen: Karl Gledler (Breslau) 2165, Fritz Sporn (Breslau) 2233, Richard Mal (Schlesien) 2010, Fritz Müller (Wesle) 1903, Martin Schilke (Schlesien) 1873, Kurt Pflüch (Schlesien) 1789. Die Kollegen Fritz Köchel (Waldenburg) und Fritz Kauschke (Ologau) gelten der Reihe nach als Stellvertreter.

**Gau Posen**. Der Antrag findet Sonntag, den 4. Juli, in Bromberg statt. Anschließend findet ein Vertreterkongress sämtlicher Verbandsmitglieder der Republik Polen dabeil. Politische Angelegenheiten sind an F. Wagner, Polen, Königplatz 5, baldigt einzubringen. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern dann gedruckt zu.

**Adressenveränderungen**  
 Gau Westpreußen. Gauvorsteher: Arthur Kühner, Danzig, Bjelostok 15.  
 Dingen a. Rh. Vorsitzender: Richard Blazscke, Bidesheim (Zehnhöfen); Kassierer: Franz Dieß, Dingen, Gullstraße 35.  
 Gena. (Bezirk von Ost.) Vorsitzender: Ernst Klopfer, Gena, Kernbergstraße 22 I.  
 Silesien. Vorsitzender: Wilhelm Dilmeyer, Gartenstraße 250, Wittenberg (Bezirk Halle). (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Kurt Bernhardt, Poststraße 2a.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
 (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
 Im Gau Pommern 1. der Maschinenlehrer Bruno Winkler, geb. in Groß-Döhl 1890, ausgei. in Dresden 1909; die Gelehrer 2. Richard H. Brigg, geb. in Pommern 1872, ausgei. in Pommern 1891; 3. Hermann Mehlhorn, geb. in Leipzig-Schleißig 1871, ausgei. in Leipzig 1890; waren schon Mitglieder. — 4. Kesselbarth in Leipzig, Brüderstraße 9 I.

Im Gau Thüringen der Gelehrer Otto Groschupff, geb. in Erfurt 1884, ausgei. bei 1903; war schon Mitglied. — Carl Prox in Weimar, Berufstraße 2a.

**Verammlungskalender**  
 Deutscher Maschinenlehrerverammlung heute Sonnabend, den 29. Juli, abends 8 Uhr, im „Schulhof“.  
 Erfurt. Maschinenlehrerverammlung, Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im „Großen Saal“.  
 Potsdam. Bezirksversammlung Sonntag, den 27. Juni, vormittags 10 Uhr, in Potsdam, „Neue Welt“, Bahnhof Charlottenhof.

**Tarifamt der Deutschen Buchdrucker**  
 Berlin SW 48, Friedrichstraße 239  
 Briefadresse: 3. 5. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

**Schätzler Nachtrag**  
 zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgehakt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Bremerhaven: „Norddeutsche Volksflamme“, G. m. b. H. — Goslar: „Voslarische Zeitung“, — Sameln: Wille & Schröder. — Hannover-Linden: Gurlitt, Ernst. — Pyramont: „Pyramontische Zeitung“, Schulte & Rembart. — Sulingen: Schreier, G.
- II. Kreis. Bielefeld: Kramer, Wille. — Braunschweig: „Hilfsgraphische Anstalt“ Bentrup. — Osnabrück: Reizen, Hof. (Wm. Vol. Reizen). — Hildesheim: Behn & Schmitz; Brink, Malthe. — Duisburg: „Waldenburger Zeitung“, — Almsbrücker (Mor. Hoff und Sub. Seckler). — Duisburg: „Eldrich“, Groffmann, Johannes. — Essen: „Waldenburger Zeitung“, — Bureaubearbeitungsgesellschaft, e. G. m. b. H. — Gladbach: Palmen, W. — Hochmerrich: Weiler, Ludwig. — Hiltz, W. — Gassen & Ansel (Carl Janßen und Dagobert Ansel). — Koblenz: Fiedler, G. S. — Köln: Meyer, Bruno M. G. m. b. H. — M. G. m. b. H. — „Mitteldeutsche Zeitung“, G. m. b. H. (vorm. S. Fiedler). — Neuburg: Dieck & Helland, G. m. b. H. — Osnabrück: „Börsen-Zeitung“, Franz Schulte Woll, Wilhelm Bull und C. Woll. — Werther: L. W. — Zeveling, Johannes. — Zanten a. Rh.: Krams, Gebr. (Hb. A. Franhen).

III. Kreis. Diez a. R.: „Arbeitsrat für den Unternehmertum“ (Franz Kaver Peters). — Frankfurt a. M.: Kaufmann, Fr. & Sie (Hilber Friedrich Gerbold); Lang & Wacker (Hilber Lang und Fritz Wacker); Striegel, Franz (Gregor und Wilhelm Striegel); Vogel Wille, Hans (Vogel). — Frankfurt a. M.: „Miederer“, Imbe Ischold, Georg. — Schwabach a. M.: Heurich, Franz. Sol. — Weiden: den: Müllers, Frh.

IV. Kreis. Heidelberg: „Unterelbische Verlagsanstalt“, G. m. b. H. S. — Hornberg: Ruppert, Wilhelm. — Suhl: Gammann W. & S. — Pfortzheim: Klinger, Jakob. — Ulm: Götze & Unbeh. (Fol. Unbeh. Wille, Götze).

V. Kreis. Landsberg a. R.: Oberberger, Oskar. — München: Mellingner, Moritz. — Nürnberg: Köpf, Jakob. — Oberberg a. M.: Buchdruckerei Oberberg mit Filiale Klingenberg (Heinrich Bingenberg).

VI. Kreis. Geln: Senf. (Ferdinand (Hb. Mar Senf)). — Geln: Schöle, Walter (Carl Walter Schöle). — Geln: Gauen: Schneiders, August, Buchdruckerei. — Schmiedberg: Baumann, Fr. P.

VII. Kreis. Johanngeorgenstadt: Gorn, Carl. — Leipzig: „Hilfsgraphische Anstalt“, — Geln: (Dr. Wolfgang Buch u. Woldemar Buch). — Plauen i. V.: Köhler, Gullau.

VIII. Kreis. Berlin: „Kurbach“, Arnold; Gollow, W. & Köhler (Frieda Köhler, geb. Gollow); Hermann, Wilhelm; Lang, C. — Berlin: „Schönberg“, Gern. Kehn, Gert, Dr. Gerhard Meyer.

IX. Kreis. Gagn: „Gagner-Verlag“ (Mor. Gagner). — K. Kreis. Bismarck: Gagn, Johann. — Sanktburg: „Waldenburger“, — Alet: Verlags- und Druckereigenossenschaft Republik, e. G. m. b. H.

XI. Kreis. Dahn (Mark): Klinger, Fr. — Kolbitz: „Waldenburger“, — Geln: (Fr. C. Sphyr); Schmidt, Franz Karl. — Eichtenrad: Köhler, Heinrich. — Modrop: Schmidt, Fr. P. — Pafewitz: Herbold, Wille.

XII. Kreis. Elbing: Seifert, Alfred.  
 Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurden gelistete die Firmen:  
 II. Kreis. Lindmüller & Köhler, G. m. b. H., Maschinenfabrik, in Genshagen.  
 V. Kreis. Paul Hildebrandt in Bismarck, Eichenbach.  
 VII. Kreis. A. Fraendorffs Witwe in Plauen i. V. Elbur.  
 VI. Kreis. Walter Freitag in Grobhartmannsdorf in Emden.  
 IX. Kreis. Frh. G. Köhler Verlags- und Kunstanstalt in Breslau.  
 XII. Kreis. Otto Gledde in Elbing.  
 Berlin, 3. Mai 1920.

J. M.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

**An die Kollegen des Nordwestgaues!**  
**Achtung!**  
 Die letzte Bremer Bezirksversammlung, die die Aufstellung der Kandidaten für den Gauvorstand vornahm, behielt es von einer Aufstellung der bisherigen Mitglieder des Gauvorstandes. Umstand zu nehmen. Grund: weil dieser gegenüber dem Bremer Streik sich für Aufrechterhaltung des Status einsetzte und von diesem Schritt abgesehen hat. Der Ausgang des Kampfes ist der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Haltung. Irigeneinzelne Einwendungen gegen die bisherige Tätigkeit des Vorstandes wurden nicht erhoben. Wer deshalb will, daß auch in Zukunft die von der Generalversammlung gelieferten Beschlüsse und die von ihr als maßgebend anerkannten Richtlinien Geltung haben sollen, der gebe seine Stimme dem bisherigen Mitgliedern des Gauvorstandes: [485]

**J. Dieka, 1. Vor.; K. Meiners, 2. Vor.;**  
**A. Bertram, Schriftföhrer.**  
 Mein Kollege ist an die Offte Hiders usw. gebunden!  
 H. Baumann, H. Baumann, Fr. Fiedler, Oskar, S. Fiedler, H. Hofmann, W. Kurb, S. Köhler, Fr. Köhler, S. Wilmmer.

Sobald erschienen zwei farbenprichtige Offsetdruck-Postkarten

**Offizielle Postkarte**  
 zur zehnten Verbands-Generalsammlung  
 Preis portofrei 20 Pf.

**Johannisfest-Postkarte**  
 zu den örtlichen Johannisfesten  
 Preis portofrei 20 Pf.

Bei Abnahme von 50 Karten einer Sorte 19 Pf. das Stück  
 Bei Abnahme von 100 Karten einer Sorte 18 Pf. das Stück  
 Bei Abnahme von 500 Karten einer Sorte 16 Pf. das Stück  
 Bei Abnahme von 1000 Karten einer Sorte 15 Pf. das Stück  
 Unter 5 Stück einer Sorte werden nicht abgegeben.

**Jubiläum-Postkarte** zum 50jährigen Bestehen des Verbandes d. Deutschen Buchdrucker. Nur kleine Auflage vorhanden. Preis portofrei 15 Pf.  
 Bestellungen wolle man rechtzeitig senden an den  
**Verlag des B.-V.-D.-B. + GmbH + Leipzig**  
 Salomonstraße 8 + Postfachkonto Nr. 53450 + Fernruf Nr. 12789

**Buchdruckern!**  
 Die Kollegen, die sich durch Übernahme einer auswärtigen Plakaterstellung (Werbung eines Dienstorgans) für alle Städte Bayerns, Mittelbergens, Badens, sich eine selbständige Existenz zu gründen. Nur ernstliche Referenzen wollen sich melden. Näheres Subdirektion der [486]  
 Angestrichene „Mittel“, München, Rüdolph 3.

**Maschinenlehrer**  
 Sucht für sofort [483]  
 „Die Zeit“ (N.S.P.-Zeitung), Wilhelmshaven.

**Weilerin**  
 Sucht für sofort [482]  
 Schriftföhrer Wagner, Leipzig, Sabelsbergerstraße 1a.

**Schriftföhrer**  
 19 Jahre alt, sucht möglichst sofort Stellung. Gest. Angebote unter Nr. 470 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Maschinenlehrer**  
 23 Jahre alt, firm in allen Sachen, wünscht sich zu verändern.  
 — Mitteldeutschland und Schlesien bevorzugt.  
 Gest. Offerten unter Nr. 478 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Schriftföhrer**  
 24 Jahre alt, wünscht sich ab 5. Juni zu verändern. Mitteldeutschland bevorzugt. Offerte unter A. 2. 373 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Werk- und Zeitungsmesseur, Labellenföhrer**  
 Sucht sich bald in dauernde Anstellung zu verändern. Beste Angebote unter K. K. 489 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Stempelsetzer**  
 21 Jahre alt, sucht Stellung zum 1. Juli. Rheinland oder Süddeutschland bevorzugt, jedoch nicht Bedingung. Angebote unter A. G. 471 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Monothepegel**  
 ledig, mit der Bedienung der Maschinen beherrschbar, als Arbeiter gesucht. Angebote mit Lebenslauf an [484]  
 Verlegung wilsenschaft. Verleger, Trebbin (Kreis Teltow).

**Maschinenföhrer**  
 Typograph System A und B, sucht sofort oder später Stellung. Gest. Angebote unter Nr. 442 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Typographemmaschinen**  
 Gräßliche usw. repariert schnellstens und sorgfältig [172]  
 Carl Hermann, Leipzig-Gumnitz, Biederstraße 27.

**Maschinenband**  
 Preisqualitäts, liefern [67]  
 Decker & Wolf, Altsiedel, Graf-Adolf-Straße 112.

**Gesangverein „Gutenberg“**  
 Leipzig  
 Montag, 31. Mai; Sonntag, Dienstag, 1. Juni; Mittwoch, 2. Juni: Gemeinsame Abungsfestung nochmals im allen Wohl. [487]  
 Ergebenen aller Sönger bringen wofwendig! Der Vorstand.

**Für die Gehilfenprüfung**  
 emp. geeignete Fachlehrer. Grupp. Verl. A. Gledde, Mönchen, Natalog 50 Pf.

**Die Verbands-geschichte**  
 528 Seiten Text und 20 Blatt Illustrationen, hat den vollen Preis von nur 2 Mk. beibehalten, die Verbandskollegen aber zu Losen der Bände ler. Daphni nur Sammelbestellung durch die Verbandskollegen zu empfehlen. — Auslieferung durch Ra-ell & Hille, Leipzig, Salomonstraße 8 Verrechnung doppelten mit Verbandskassierer Dr. Schweinitz, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.

**Der Schriftföhrer**  
 im neuzeitlichen Druckereibetrieb  
 Mit Anhang: Die Berufssprache des Schriftföhrers. 72 S. brosch., Portofrei 2,50 Mk. und 20 Pros. Leuerrungs-zugang. Bei Einzelbestellungen Mauerstraße 37, Postfach 19039, Stuttgart. In Leipzig: A. Gledde, Salomonstraße 8, Leipzig; in Mönchen: A. Gledde, Kolumbusplatz 1 V; in Stuttgart: M. Kusch, Hohenzollernstraße 9. [1400]

**10 Proz. Abzahlung monatlich**  
**Einhart, Deutsche Geschichte**  
 1914—1919  
 gebunden 1 Band 25 Mk.  
 G. A. Otto & So., Berlin-Nichtersfeld.

**Leiffaden** zum Wulben der Zurückführung in allen Druckereien auf Schnellpresse u. Regel, geb. postfr. 3,20 Mk.  
**Ratgeber** zur Einleitung des Unterverfahrens zum Wulben auf alle Papierarten, postfr. 2,50 Mk. [109]  
 Es im neuen Zirkeln und Arbeitsstufen. Gm. Schrift 2,90 Mk., geb. 3,90 Mk. (Mach. 50 Pf. m.)  
 M. Kusch, Stuttgart, Hohenzollernstraße 9. Postfachkonto 15612.

**Wieder vorräglich!**  
**Klaue**  
 ff. emalliert 4,50 Mk.  
**Verbandsnadel**  
 färbbar, mit den Buchstaben „V.-D.-B.“ 6,50 Mk.  
**Seldensband**  
 fünffarbig, Meter 1,75 Mk.  
 Verlag des B.-V.-D.-B. GmbH Leipzig, Salomonstraße 8 Postfachkonto Nr. 53450 Fernsprecher 12789.

**Johannisfest-Postkarten**  
 Vierfarbendruck, 100 Stück 8,50 Mk., empfiehlt A. Gledde, Mönchen 9.

**Kollegengelagevereine!**  
 Dreißig gültige Ehre gibt der Glang der „Gutenbergs“, Leipzig, gegen Gelangung der Kollegen an kleinere Vereine ab. Näheres (Zeit, Anzahl der Emission usw.) durch Fr. Köhler, Leipzig, Götzefelder Straße 36 I. [486]

**Rauchfabrik**  
 überlebensfähige Marke, per Packung 25 Stück. liefert an Kollegen jedes beliebige Quantum [491]  
 Friedr. Secher, Pl. meissen, Mönchen.

**Für jeden Pfeifenraucher!**  
 Bräute die Ihren Leber- oder Gimmlebrühe durch die patentierte Rauchfabrik mit Pfeifenblech „Teilig“, [484]  
 Vollendete Friedensarbeit in Metall  
 Praktisch, handlich, vornehm.  
 Preis 28,50 Mk., Nacht 1 Mk. mehr.  
 Paul Reiche, Mönchen 3.  
 Einmalige Probe gratis  
 Eingaben auf Postkarte, Berlin 55 947.

**Herzlichen Dank**  
 Die in Veranlassung meines 50jährigen Verbandsjubiläums mit gewinnreichen Ehungen und Anerkennung des Ehrenrats für meine Arbeit machen es mir sehr angenehm, mich, meinen innigsten Dank auszudrücken. Die Kollegen der Firma S. D. Köhler haben durch Veranlassung einer schönen Feier, bei der Bekreter des Gauvorstandes, die „Gutenbergs“, das Schrammel- und sonstige Kollegen und Freunde sich einfinden hatten, mir diesen Tag zu einem unerglichen gemacht. Darum allen meinen herzlichsten Dank, auch für die gesandten Glückwünsche. [488]  
 Samburg.  
 Wilhelm Braunmann.

**Wilhelm Köhler**  
 im vollendeten 49. Lebensjahre. Was verliert in dem Entschließen, einen guten, festen Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.  
 Orisuerin Marg. B. M.  
 Graphischer Gesangverein.